

Von Sondermüll und Verbandsbeschwerden Randnotizen zur Grossratsdebatte vom 30. November 2004

Zu Beginn der Parlamentssitzung musste der Grossratspräsident Thomas Lüpold den Grossen Rat über den Tod von alt Bundesrat Hans Schaffner ins Bild setzen, der zuletzt die Aargauer Farben in der Landesregierung getragen hatte. Nach einer Schweigeminute für die sieben Todesopfer der tragischen Brandkatastrophe von Gretzenbach wandte sich der Grosse Rat dann den Tagesgeschäften zu.

Ein happiger Brocken in finanzieller Hinsicht war der Verpflichtungskredit für die Gesamtsanierung der Sondermülldeponie Kölliken (SMDK) über Fr. 225 Mio. (Anteil Kanton Aargau). Der Rahmenkredit war trotz finanzieller Tragweite unbestritten und passierte den Rat mühelos. Mit der Gesamtsanierung löst der Kanton Aargau seine Verpflichtung gegenüber der Umwelt und sein Versprechen gegenüber nachfolgenden Generationen ein. Die Sanierung der SMDK soll Ende 2015 abgeschlossen sein. Als gebundene Ausgabe untersteht der Verpflichtungskredit nicht dem Referendum.

Zu Diskussionen Anlass gab die Finanzierung des Rahmenkredits. Die Vorstellungen der Regierung reichen vom Kantonsanteil am Nationalbank-Gold über Beteiligungserträge und -gewinne bis hin zum umstrittenen "Wasserrappen". Im ersten Quartal 2005 wird die Regierung dem Rat einen Gesetzesentwurf über die Finanzierung der Sonderlasten (inkl. Lücke von Fr. 1.4 Mia. in der Aargauischen Beamtenpensionskasse) vorlegen. Aus finanzhaushaltsrechtlichen Gründen bewilligte der Grosse Rat eine Verschuldungskompetenz für die Regierung in Höhe von 225 Millionen Franken.

Mitten in der SMDK-Debatte durfte der Grossratspräsident den scheidenden Nationalratspräsidenten Max Binder auf der Rattribüne begrüßen, der dem Aargauer Parlament auf Einladung einer Suhrer Bezirksschulklasse einen Besuch abstattete.

Anschliessend war ein bunter Strauss von Vorstössen rund um das Verbandsbeschwerderecht traktandiert. Nach einem verbalen Schlagabtausch im traditionellen Links-Rechts-Schema wird die Motion Kurt Rügger (SVP) zur Abschaffung des Verbandsbeschwerderechts gesamtkantonalen Organisationen mit 126:41 als Postulat überwiesen. Ebenfalls als Postulat wird eine FDP-Fraktionsmotion zur Konkretisierung des Verbandsbeschwerderechts hinsichtlich Verantwortlichkeit, Finanzierung und Verfahrensordnung mit grossem Mehr überwiesen. Entgegen dem Willen der Regierung erklärt der Grosse Rat eine Motion von Daniel Heller betreffend Verkürzung der Beschwerdeverfahren in Bausachen mit 128:17 Stimmen für erheblich. Deutlich Schiffbruch erleidet dagegen ein Postulat der Grünen, das klare (Bauverhinderungs-)Regeln für neue kleine Einkaufszentren, Fachmärkte und andere publikumsintensive Anlagen fordert.

Einem nicht zu unterschätzenden Problem waren die Interpellationen eines überparteilichen grossrätlichen Trios aus Windisch gewidmet. Angeprangert wurde das vom neuen Sozialhilfe- und Präventionsgesetz (SPG) begünstigte Abschieben von Sozialfällen in Gemeinden mit speziellen Betreuungs- und Therapieangeboten. Die Interpellanten waren mit der regierungsrätlichen Antwort zu diesem ernsthaften Problem, das bis zum finanziellen Kollaps von Gemeinden führen kann, überhaupt nicht zufrieden. *Affaire à suivre.*

Mangels behandlungsreifer Geschäfte - der Regierungsrat war in den vergangenen Monaten gar intensiv mit seinem eigenen Wahlkampf beschäftigt - fiel die Nachmittagsitzung des Grossen Rates aus. Dasselbe Schicksal wird die Grossratssitzungen vom 7./8. Dezember ereilen.

02.12.04

Gregor Biffiger, Berikon
Grossrat